

Antrag 25/I/2021

SPD-KV Friesland

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verbraucher schützen, Verantwortung übernehmen – Forderung nach eindeutiger Gesetzeslage zur Tierhaltung

1 Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine staatliche Tierwohlkennzeichnung, die deutlich über dem jet-
2 zigen gesetzlichen Standard sein muss, schnellstens einzuführen und dann verstärkt durch unangemeldete
3 Kontrollen zu überprüfen.

4

5 **Begründung**

6 Vom Oberlandesgericht Stuttgart wurde kürzlich ein Tierschützer verurteilt, der in einem Putenmastbetrieb
7 tierquälerische Zustände dokumentieren wollte, um diese zur Anzeige zu bringen.

8 In der Urteilsbegründung folgte das Gericht einer vorherigen Rechtsprechung des Landgerichts Heilbronn
9 mit folgendem Wortlaut:

10 „...dass die Massentierhaltung zur Versorgung der Bevölkerung erlaubt ist, obwohl nicht artgerechte Zustän-
11 de, wie z.B. bei den Puten Federpicken, zu wenig Auslauf, Deformationen aufgrund des großen Gewichts, die
12 allgemein bekannte Folge ist. Dies wird zumindest derzeit noch als ‚sozial adäquat‘ und im...Spannungsver-
13 hältnis zwischen Tierwohl und Nahrungsmittelproduktion als hinnehmbar angesehen“.

14 Kein/e Verbraucher/in würde solches Fleisch kaufen, wenn man sich vor dem Einkauf anschaulich im Klaren
15 über die tatsächlichen Produktionsbedingungen und die alltäglichen, in allen entsprechenden Betrieben
16 gegenwärtigen Folgen wäre. So ein Fleisch möchte niemand essen und derartige Formen der Nahrungs-
17 mittelproduktion gehören verboten.

18

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Zukunftsprogramm